



# GEDENKVERANSTALTUNG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

---

am 29.01.2018 im Hessischen Landtag

---

# SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

HEFT 33

---

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



### Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags  
Redaktion: Hubert Müller, Andrea Mitteldorf  
Fotos: Stefan Krutsch, Hessischer Landtag  
Druck: ColorDruck Solutions GmbH, Gutenbergstraße 4, 69181 Leimen;  
DER BLAUE ENGEL, weil aus 100% Altpapier, schützt die Ressourcen.  
Gestaltung: Cicero Kommunikation GmbH, Taunusstraße 52,  
65183 Wiesbaden  
ISBN: 978-3-923150-69-4  
© 2018 Hessischer Landtag, Schlossplatz 1 – 3, 65183 Wiesbaden

## INHALT

### Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 29. Januar 2018 im Hessischen Landtag

---

#### BEGRÜSSUNG

**Norbert Kartmann**, Präsident des Hessischen Landtags 6

---

#### GRUSSWORT

**Tarek Al-Wazir**, stellvertretender Hessischer Ministerpräsident 12

---

#### GEDENKREDE

„Erinnerungskultur 73 Jahre nach der Shoah“  
**Dr. Josef Schuster**,  
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland 20

---

#### SCHLUSSWORT

**Norbert Kartmann**, Präsident des Hessischen Landtags 36

---

#### EINFÜHRUNG IN DIE AUSSTELLUNG

„Die Vergangenheit nicht vergessen, in der Gegenwart leben,  
für die Zukunft hoffen ...“  
**Dr. Sabine Hering**, Kuratorin 38

---

#### MUSIK

**Heike Matthiesen**, Gitarre

---

# BEGRÜSSUNG

---

## **Norbert Kartmann**

Präsident des Hessischen Landtags



Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie auch namens des Präsidiums des Hessischen Landtags und der Abgeordneten des Hessischen Landtags ganz herzlich zu unserer diesjährigen zentralen hessischen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus.

Für die Hessische Landesregierung freue ich mich ganz besonders, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Tarek Al-Wazir, zu begrüßen – herzlich willkommen, Herr Minister. Mit Ihnen begrüße ich weitere Mitglieder des Kabinetts.

Die dritte Staatsgewalt in Hessen ist durch Herrn Prof. Dr. Roman Poseck vertreten – herzlich willkommen, Herr Prof. Poseck.

Seit 16 Jahren begehen wir diesen nationalen Gedenktag im Hessischen Landtag. Wir alle erinnern uns an die Geburtsstunde dieses Gedenktags, ins Leben gerufen 1996 durch den damaligen Bundespräsident Prof. Roman Herzog. Wir als Hessischer Landtag waren eines der ersten regionalen Parlamente, die dies zum Anlass genommen haben – zunächst allein als Hessischer Landtag –, alljährlich diesen Gedenktag feierlich zu begehen.

Im Laufe der Jahre haben wir es umgestaltet: Auch in Anerkennung der Tatsache, dass die Gräueltaten des Dritten Reiches leider Gottes in allen Facetten dieser Gesellschaft unseres Landes verbreitet waren, wurde die kommunale Ebene mit einbezogen. Seitdem laden hierzu auch der Hessische Landkreistag, der Hessische Städte- und Gemeindebund sowie der Hessische Städtetag und der Landeswohlfahrtsverband ein. Dies sind die kommunalen Ebenen, in denen es auch viele entsprechende Gedenkstätten und Anlässe gibt, über diese schlimme Zeit in Deutschland nachzudenken und daran zu erinnern.

Ich begrüße herzlich den Präsidenten des Hessischen Städtetags, Herrn Uwe Becker, Herrn Präsidenten Harald Semler für den Hessischen Städte- und Gemeindebund, den Vizepräsidenten des Hessischen Landkreistages, Herrn Wolfgang Männer, und den ersten Beigeordneten des LWV, Herrn Dr. Andreas Jürgens.

Ich freue mich ganz besonders, dass wir in diesem Jahr Herrn Dr. Josef Schuster, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, begrüßen dürfen. – Herr Präsident, herzlich willkommen in unseren Reihen.

Wir sind sehr froh, Sie alle hier begrüßen zu können. Alljährlich sind wir natürlich immer sehr bemüht, nicht nur kompetente – das wäre zu allgemein –, sondern auch authentische Persönlichkeiten einzuladen, die uns bei der Erinnerung helfen; denn beim Erinnern muss man auch helfen, automatisch geht es nicht. Vor allem aufgrund des stetigen Prozesses des Erinnerns besteht diese Notwendigkeit, das Bewusstsein daran zu erhalten bzw. vielleicht sogar bei einigen neu zu wecken.

Heute gedenken wir wie jedes Jahr der Opfer des nationalsozialistischen Terrors, der Millionen Opfer, die nicht der Ideologie der Nationalsozialisten entsprachen, Opfer aus Politik wie auch ethnische Minderheiten, beispielsweise Sinti und Roma, deren Landesvorsitzenden Adam Strauß ich herzlich willkommen heiße. Es waren Opfer aus allen Gesellschaftsschichten, die teils auch im Widerstand irgendwie zu verhindern suchten, was zu verhindern war, und dabei zu Opfern dieses brutalen Regimes wurden – ich darf in diesem Zusammenhang an die Geschwister Scholl erinnern.

Mein Gruß gilt den zahlreichen Vertretern der Religionsgemeinschaften. Alle – unbeschadet ihrer Religion, ihres Glaubens, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Nationalität – gedenken in der Bundesrepublik Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Ich begrüße ganz herzlich den Vertreter der Bundeswehr, Herrn Oberst Olaf von Roeder, Kommandeur im Landeskommmando Hessen. Ebenso begrüße ich den Vertreter der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Herrn Colonel Mike Anderson. Meine Damen und Herren, es ist immer eine gute und wichtige Verbindung, dass die Bundeswehr und die amerikanischen Streitkräfte, die hier in Wiesbaden eine ganz besondere Stellung haben, dabei sind.

Ich begrüße herzlich einen meiner Vorgänger im Amt des Landtagspräsidenten, Herrn Karl Starzacher, Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Landesverband Hessen.



Wir gedenken der Opfer einer Zeit, in der neben anderen Gräueltaten das Ziel verfolgt wurde, jüdisches Leben in Deutschland zu vernichten. 73 Jahre später gibt es wieder lebendige jüdische Gemeinden in Deutschland und in Hessen. Es ist gut, dass es dies wieder gibt.

Sie, Herr Präsident Schuster, haben darauf hingewiesen – ich darf Sie zitieren –: Es gibt keinen Grund, warum Juden Deutschland verlassen sollen. – Ich bestätige: Es gibt keinen Grund. Dennoch kann ich, wie viele in der Politik und auch unter den Bürgerinnen und Bürgern dort draußen, die Ängste jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger verstehen. Wenn Antisemitismus 73 Jahre nach dem schlimmsten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte wieder Platz in unserer Gesellschaft findet, dürfen wir das nicht hinnehmen.

Daher muss bei jeder Gelegenheit unmissverständlich gesagt werden: Antisemitismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir brauchen eine Gesellschaft, die Antisemitismus entgegentritt. Wir müssen wachsam sein – eine schwierige, aber notwendige Aufgabe. Niemand in unserer Gesellschaft darf sich dieser Pflicht entziehen, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen, in welcher Form auch immer sie uns begegnen – das sind wir den Opfern schuldig, und wir sind es auch den zukünftigen Generationen schuldig, sie im Bewusstsein darüber zu halten, was geschehen ist.

---

Hierzu brauchen wir eine aktive Gedenkkultur, z. B. eben durch Veranstaltungen wie die heutige. Ebenso brauchen wir auch weiterhin in verstärktem Maße entsprechende Bildungsangebote. Ohne dass wir den zukünftigen Generationen erklären, was damals geschehen ist und warum, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sie es nicht wissen und falsche Schlüsse für ihr weiteres Leben ziehen.

Dies ist ein Appell an alle – nicht nur an die Politik – in dieser Gesellschaft, die dafür ein Bewusstsein haben: Wir müssen es unseren Nachkommen klar machen. Die Wiederholung ist ein wesentliches Mittel dazu. Je weniger aus der Erlebnisgeneration unter uns sind, umso mehr ist es unsere Aufgabe, an Beispielen und auch an den Orten des Terrors deutlich zu machen, dass dies die größte Katastrophe der deutschen Geschichte war und sich nie wiederholen darf.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen ganz herzlich dafür, dass Sie gekommen sind, wenngleich wir zwei Tage zu spät sind. Aber darum geht es nicht: Die Zahl der Veranstaltungen für diesen Gedenktag steigt stetig, und das ist gut so. Deswegen sind wir an diesem Montag zusammengekommen. Ich halte jeden Tag für geeignet, daran zu denken – auch diesen. Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich darf nun den stellvertretenden Ministerpräsidenten bitten, zu uns zu sprechen. – Danke schön.

---

# GRUSSWORT

---

## **Tarek Al-Wazir**

Stellvertretender Hessischer Ministerpräsident



Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, liebe Ehrengäste, Herr Strauß, Herr Dr. Schuster! Meine Damen und Herren, allein schon der Respekt vor den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Angehörigen verlangt, dass wir nicht vergessen, sondern dass wir uns erinnern und dass wir gedenken. Dieser Respekt verlangt auch, dass wir gegenüber den Opfern etwas versuchen, das wir in Wirklichkeit natürlich nicht können, nämlich ihnen ein Stück ihrer Würde zurückzugeben.

2005 erklärten die Vereinten Nationen den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Und – der Präsident hat es erwähnt – knapp zehn Jahre zuvor hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag, an dem Auschwitz befreit wurde, zum bundesweiten Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. In der dazugehörigen Proklamation heißt es:

Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.

Ich zitiere diese Worte, weil sie die Ziele dieses Gedenktages zum Ausdruck bringen. Wir wollen erinnern, wir wollen trauern, und wir wollen mahnen. Und wir wollen auch mit der Erinnerung an dieses grausamste Kapitel deutscher Geschichte den Menschen heute Orientierung für die Zukunft geben. Wir wollen Haltung zeigen und Werte vermitteln.

Das war schon immer eine Herausforderung. Doch der Tag rückt näher, an dem es keine Zeitzeugen mehr gibt, die das Erlebte authentisch und berührend auch den Menschen näherbringen können, die aufgrund ihres jungen Alters oder ihres kulturellen Hintergrunds emotional weiter von deutscher Geschichte entfernt sind. Und so müssen wir heute mehr denn je Antworten finden auf Fragen wie beispielsweise:

Wie schaffen wir es, die junge Generation für unsere Geschichte zu sensibilisieren?



---

Wie schaffen wir es, dass junge Menschen aus unserer Geschichte Lehren für die Zukunft ziehen?

Wie wecken wir Interesse und Neugierde, wie erreichen wir persönliche Anteilnahme und Mitgefühl, wenn immer weniger Zeitzeugen berichten können? Ich kann mich daran erinnern, dass ich, als ich 18 oder 19 war, relativ viele Zeitzeugen auch in der Schule erlebt habe – Menschen, die im Lager waren, das Konzentrationslager überlebt haben, im Strafbataillon waren, aber auch solche, die Täter waren. Ich kann mich daran erinnern, als ich die Persilscheine meiner Großeltern fand – es waren übrigens kleine Postkarten der Spruchkammer. – Das sind Erlebnisse, die meine Kinder nicht mehr haben werden. Trotzdem ist es auch ihre Geschichte, weil es auch ihr Land ist.

Wie geht man mit Politik und Geschichte um, wenn der Großteil einer Klasse einen unterschiedlichen nationalen und kulturellen Hintergrund mitbringt? – Das ist eine der spannenden Fragen, weil junge Leute zuerst einmal sagen: „Was hat das mit mir zu tun?“, und junge Leute ohne deutsche Vorfahren erst recht die Frage stellen: „Was hat das mit mir zu tun?“ Trotzdem: Wer in diesem Land lebt und wer zu diesem Land gehört, der erbt sozusagen auch die Geschichte dieses Landes, selbst wenn seine Vorfahren nicht aus diesem Land kommen – Geschichte hat ja nichts mit Herkunft zu tun, sondern Geschichte hat zuerst einmal mit der Geschichte eines Landes zu tun, zu dem man gehört.

Eine ehrliche Antwort der Politik muss einräumen, dass sich Erinnerungskultur und Interesse an deutscher Geschichte nicht per Erlass herstellen lassen. Demokratische Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen werden nicht allein durch Lehrpläne erreicht.

Die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer, übernehmen eine große Verantwortung dafür, den Umgang mit dem Erinnern didaktisch und methodisch altersgerecht zu vermitteln. Als Landesregierung möchten wir zu dieser Entwicklung weiter beitragen.

Hessen zählt beispielsweise zu den Bundesländern, die mit der Gedenkstätte Yad Vashem eine Kooperationsvereinbarung eingegangen sind. Diese

Kooperationsvereinbarung wurde mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und zahlreichen hessischen Gedenkstätten gemeinsam entwickelt und erarbeitet.

Mit den Gedenkstätten haben wir unverzichtbare Orte des Lernens und Erlebens außerhalb der Schule, mit denen wir gerade junge Menschen noch mal auf einer anderen Ebene erreichen können. Am realen Ort wird die Vermittlung von Geschichte konkret und nah. Jeder kann hier seinen eigenen Zugang entdecken und entwickeln.

Geschichte ist erst einmal etwas Abstraktes, gerade für junge Leute. Wenn man aber merkt, was in der eigenen Umgebung, dem eigenen Ort, der eigenen Stadt, vielleicht an konkreten Orten auch Bezug zur Vergangenheit hat, dann wird Geschichte sehr konkret.

Ich kann mich gut daran erinnern, wie am Anfang eine heftige Debatte über Stolpersteine tobte, über die Frage, ob man Gedenken an Menschen an einen Ort bringen soll, über den man jeden Tag drüber läuft, den man – bildlich gesprochen – mit Füßen tritt. Ich glaube aber, dass gerade dieses Stolpern darüber, wer ganz konkret in einem bestimmten Haus oder an einem bestimmten Ort gelebt oder gewirkt hat, Geschichte vom Abstrakten ins Konkrete holt.

Natürlich ist ein solches reflektiertes Wissen eine wesentliche Voraussetzung, um aus der Geschichte lernen zu können. Genau das bildet das Fundament für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Am Ende geht es nicht nur um bloßes Wissen, es geht auch um Orientierung und um die Vermittlung von Werten einer Gesellschaft. Diese Werte müssen gelernt, vorgelebt, geschützt werden.

Ganz besonders wichtig ist, dass ein solches Gedenken niemals zum hohlen Ritual verkommen darf. Es muss uns wachrütteln, es muss uns berühren, die Auseinandersetzung mit all dieser nicht fassbaren Grausamkeit darf und muss auch schmerzen; denn nur dann ist es eine Auseinandersetzung mit der Geschichte, die ein Gedenken möglich macht, das gleichzeitig in die Zukunft reicht.



Eine solche Auseinandersetzung war lange Zeit nicht selbstverständlich. Die Frankfurter Auschwitzprozesse haben vor einem halben Jahrhundert einen wichtigen Wendepunkt eingeleitet. Sie sind eine wesentliche Grundlage dafür, dass die notwendige Auseinandersetzung mit der historischen Verantwortung unseres Landes geführt wurde.

Dass die Prozesse zustande kamen, ist maßgeblich der Hartnäckigkeit und dem Engagement des damaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer zu verdanken, einem wirklich unermüdlichen Kämpfer gegen das Vergessen und für die Gerechtigkeit.

Die Auschwitzprozesse setzten ein klares und öffentliches Zeichen für Aufklärung und Auseinandersetzung und gegen Verleugnung und Verdrängung. Es war das erste Mal, dass in Deutschland das Ausmaß des Grauens, aber auch die Verantwortung für dieses Grauen dem ganzen Volk und einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt wurden.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Urteile, die damals gefällt wurden, ganz sicherlich für viele Opfer auch enttäuschend waren. Und es ist sehr schwer, mit den Mitteln des Rechtsstaats am Ende einem Gerechtigkeitsempfinden zu entsprechen. Aus heutiger Sicht ist es sehr zu bedauern, dass sich die Rechtsprechung erst sehr spät dergestalt geändert hat, dass es nicht nur um die Hauptverantwortlichen geht, sondern auch um diejenigen, die Beihilfe zum Mord geleistet haben.

Trotzdem haben die Auschwitzprozesse vieles bewegt. Sie waren aus meiner Sicht nicht nur eine Katharsis in mancherlei Hinsicht, sie waren ein großer Einschnitt. An dieser Stelle will ich ausdrücklich jenen danken, die beispielsweise im Fritz-Bauer-Institut in der Tradition des Namensgebers bis heute einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, diese Geschichte der Aufklärung und Auseinandersetzung in Gegenwart und Zukunft fortzuschreiben. Ein bedeutendes Kapitel wurde im vergangenen Jahr hinzugefügt: Die neue Holocaust-Professur an der Goethe-Universität – die erste ihrer Art in Deutschland – stellt aus meiner Sicht einen Meilenstein in der Forschung dar.

Von der Professur versprechen wir uns nicht nur ein besseres Verständnis des Holocaust. Von ihr sollen auch wichtige Impulse ausgehen, um mit Blick

auf die Strukturen der NS-Herrschaft gegenwärtige Konflikte, Diskriminierung und Unterdrückung in der Welt besser zu begreifen.

Meine Damen und Herren, der nationalsozialistische Völkermord ist und bleibt Teil des historischen Gedächtnisses unseres Landes. Jede Generation muss sich mit der Geschichte des eigenen Landes neu auseinandersetzen. Verantwortung für die gemeinsame Zukunft zu übernehmen bedeutet auch, die Erinnerung an unsere Vergangenheit zu bewahren.

Unsere Geschichte verpflichtet uns, den Anfängen zu wehren und immer wieder deutlich zu machen, dass in Hessen kein Platz ist für diejenigen, die diese Demokratie bekämpfen und Menschenrechte missachten.

Das gilt für alle Extremisten, welcher Art auch immer, und es muss besonders für diejenigen gelten, die als Ewiggestrige oder neue Anhänger des nationalsozialistischen Ungeistes ihr Unwesen treiben.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, wenn Sie dieser Tage Zitate aus dem Liederbuch einer österreichischen Burschenschaft gelesen haben – man glaubt es kaum, was hier auch nach dem Krieg noch für ein Ungeist herrschte. Diesem Treiben muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats, aber auch mit den Mitteln der gesamtgesellschaftlichen Ächtung entschieden entgegengetreten werden. An dieser Stelle will ich ausdrücklich sagen: Hessen ist und bleibt ein weltoffenes Land. Wir dulden keine Verachtung und Ausgrenzung Einzelner oder ganzer Gruppen.



---

Meine Damen und Herren, wir erleben gegenwärtig, wie unsere Gesellschaft um die Frage ringt, wie sie mit Zuwanderung umgehen soll. Was gehört zu unserer Kultur dazu, was nicht? Und wieder einmal versuchen einige, durch die Herabwürdigung anderer die eigene Identität zu stärken, die eigene Herkunft zum Maßstab der Würde zu machen.

An dieser Stelle will ich es ausdrücklich erwähnen, weil ich auch weiß, dass Vertreterinnen und Vertreter beispielsweise der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit vertreten sind. Ich bin kein Theologe, sondern nur ein kleiner Diplom-Politologe, aber natürlich weiß auch ich um christlich-jüdische Wurzeln. Wenn man sich allerdings die deutsche Geschichte anschaut, muss man feststellen, dass sozusagen christlich-jüdische Tradition jedenfalls nichts ist, was immer schon als solche wahrgenommen wurde. Mir fällt durchaus auf, dass christlich-jüdische Tradition manchmal dann entdeckt wird, wenn es darum geht, zu definieren, wer nicht dazugehört.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Unser Leben in Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, in Demokratie und in Wohlstand ist eine große Errungenschaft. Wer in Deutschland glücklich werden will, der muss die Werte unseres Grundgesetzes akzeptieren und anerkennen – das gilt ausnahmslos für alle.

Unser Leben in Offenheit und kultureller Vielfalt und in Respekt vor dem anderen ist eine große Errungenschaft, die wir verteidigen müssen. Aber das gilt ausdrücklich für alle und in allen Teilen unseres Grundgesetzes, nicht nur in denen, die einem gerade passen.

„In Vielfalt geeint“ – das ist die Grundlage unserer Europäischen Union. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – das ist der universelle Wert, der uns in all unserer Vielfalt verbindet. „Die Würde des Menschen“ – nicht „Die Würde des Deutschen“ oder „Die Würde des Europäers“, sondern „Die Würde des Menschen“. Auch dieser Satz ist eine Lehre aus den Folgen des Nationalsozialismus. Auch daran wollen wir mit der heutigen Gedenkstunde erinnern: Der Einsatz für Demokratie, für Frieden und Freiheit, für Toleranz und Anerkennung, der Einsatz für Menschlichkeit – er muss immer wieder neu gelebt werden.

Demokratie braucht Engagement, braucht Menschen mit Haltung, die für die demokratischen Grundwerte einstehen und sie mit Leben füllen. Sie braucht Vorbilder, sie braucht Menschen, die Mut haben und dort eingreifen, wo die Demokratie bedroht wird. Engagement braucht Orientierung: Orientierung, wie sie Gedenktage und die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte bieten können.

Wir alle gemeinsam sind gefordert, immer wieder neue Formen eines Erinnerns zu finden, das in die Zukunft reicht. Die Welt hat sich verändert, die Kommunikationswege haben sich verändert, aber unsere Botschaft bleibt bestehen: Nie wieder!



Heike Matthiesen, Thema aus „Schindlers Liste“ von John Williams

---

# GEDENKREDE

---

## **Dr. Josef Schuster**

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland



Sehr geehrter Herr Präsident Kartmann, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident Al-Wazir, sehr geehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27. Januar werden an vielen Orten in Deutschland Gedenkfeiern abgehalten.

Häufig werden zu diesen Gedenkstunden Überlebende der Schoa eingeladen; denn der 27. Januar ist ihr Tag. Jene Menschen, die unsäglich unter den Gräueltaten der Nazis gelitten haben, sollten an diesem Tag Gehör und Aufmerksamkeit finden. Sie sollten ebenso im Mittelpunkt stehen wie die Erinnerung an die Millionen ihrer Leidensgenossen, die die Verbrechen nicht überlebt haben.

Es ist ein Privileg, als Nachgeborener Zeitzeugen zuhören zu dürfen. So schwer ihre Berichte zu ertragen sind, so geben sie uns einen so unmittelbaren Eindruck wieder, wie es kein Buch leisten kann. Solche Begegnungen mit Zeitzeugen vergisst man nie wieder.

Elie Wiesel sel. A. (seligen Angedenkens), der Auschwitz und Buchenwald überlebte und später den Friedensnobelpreis erhielt, hat einmal gesagt: Jeder, der heute einem Zeugen zuhört, wird selbst zum Zeugen werden. – Dieser Satz hat inzwischen eine besondere Bedeutung gewonnen; denn die Zahl der Überlebenden ist mittlerweile sehr klein geworden. Viele sind so hochbetagt, dass sie die Strapaze eines öffentlichen Auftritts nicht mehr auf sich nehmen können. Daher sind auch heute bei dieser Gedenkfeier keine Zeugen unter uns.

In der jüdischen Gemeinschaft betrachten wir es als unsere moralische und religiöse Pflicht, die Erinnerung der Überlebenden zu bewahren und unsererseits weiterzugeben. „Sachor – Erinnerung dich“ gehört zu den wichtigsten Geboten im Judentum.

Mehr als 70 Jahre nach der Schoa werden die Kinder und Enkel der Überlebenden – wie Elie Wiesel es gesagt hat – selbst zu Zeugen. Daher möchte ich Ihnen zu Beginn meiner Rede ein paar persönliche Erfahrungen schildern.

Ich war sechs Jahre alt, als mich mein Vater zum ersten Mal mit nach Dachau nahm. Dort fand die jährliche Gedenkfeier anlässlich des Befrei-

ungstags des Lagers statt. Mein Vater erklärte mir sehr vorsichtig, was hier passiert war. Er zeigte mir Baracke Nummer vier. „Das war meine Baracke“, sagte er mir. Meine Reaktion damals – so haben es mir meine Eltern überliefert – war eindeutig: „Ich will hier weg! Ich will hier weg!“, hätte ich immer wieder gesagt, erzählten mir später meine Eltern. Ich selbst erinnere mich daran nicht. – Als Kind wollte ich von diesem unheimlichen Ort weg. Später, als Erwachsener, bin ich immer wieder dorthin zurückgekehrt, bis heute.

Vielleicht habe ich es etwas leichter als die Kinder anderer Überlebender; denn mein Vater und mein Großvater hatten sozusagen noch Glück im Unglück. Sie wurden 1937 verhaftet und im KZ Dachau inhaftiert. Von dort wurden sie nach Buchenwald deportiert. Da jedoch mein Großvater in Bad Brückenau ein Hotel besaß, das die Nazis gerne zur örtlichen Parteizentrale machen wollten, öffnete sich für meine Familie ein Schlupfloch: Gegen die Zusicherung, dass meine Großeltern, mein Vater und seine Schwestern nach Palästina auswandern durften, traten sie ihren Grundbesitz an die Nazis ab, wurden freigelassen und konnten emigrieren.

Meine Mutter und ihre Schwestern wurden von ihren Eltern gerade noch rechtzeitig auf den Weg nach Palästina gebracht. Sie selbst schafften die Flucht nicht mehr: Meine Großeltern mütterlicherseits wurden in Auschwitz ermordet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die sogenannte zweite Generation, aber auch für die dritte Generation ist diese Zeugenschaft mitunter auch belastend. Manche Kinder von Überlebenden haben unter den Traumata ihrer Eltern gelitten, unter dem bleiernen Schweigen in der Familie. Häufig gewinnen erst die Enkel einen Zugang zu den Überlebenden. Erst der größere Abstand macht es möglich, über das Unsägliche zu sprechen.

Schon allein deshalb wäre das Schlechteste, was wir tun könnten, einen Schlussstrich zu ziehen. Die nationalsozialistische Vergangenheit mit ihren monströsen Verbrechen ist nicht vergangen. Sie reicht bis in unsere Gegenwart hinein. Was wird in den Familien weitergegeben? Welche Traumata gilt es aufzuarbeiten? – Diese Fragen stellen sich auf der Opfer- und auf der Täterseite. Sie stellen sich bis heute.



Ebenso stellt sich die Frage: Wie können wir die Erinnerung wachhalten, trotz des größeren zeitlichen Abstands zum Geschehen, und auch angesichts der veränderten Strukturen in unserer Gesellschaft?

In Deutschland hat sich über die Jahrzehnte eine beeindruckende Erinnerungskultur herausgebildet. Es gilt, Errungenschaften dieser Kultur zu bewahren, zugleich aber auch, neue Wege zu beschreiten. Eine ganz wichtige Voraussetzung dafür – und das liegt mir wirklich am Herzen – ist ein profundes Wissen über den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die Schoa.

Das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald, in dem mein Vater und Großvater eingesperrt waren, ist nur rund 300 Kilometer von hier entfernt. Dort wurden in der Zeit des Nationalsozialismus etwa 56.000 Menschen ermordet. Inzwischen besucht jährlich knapp eine halbe Million Menschen aus aller Welt die Gedenkstätte, die sich vor allem auch um eine intensive pädagogische Arbeit mit jüngeren Leuten bemüht.

Das Leitmotiv der Gedenkstätte lautet: „Gedenken braucht Wissen und gegenwartsrelevante Reflexion“. Wie vermitteln wir den jüngeren Generationen dieses Wissen? Und wie ist es um ihr Wissen bestellt? Hier kommt Schulen und Gedenkstätten eine Schlüsselposition zu. Daher lassen Sie mich auf beide Bereiche etwas intensiver eingehen.

In den Schulen sehen sich die Lehrer einer immer heterogeneren Schülerschaft gegenüber. Sie steigen in das Unterrichtsthema „Holocaust“ ein –



---

und finden sich plötzlich mitten in einer Debatte über den Nahostkonflikt wieder. Dies geschieht insbesondere in Klassen mit einem hohen Anteil muslimischer Schüler. Die Tatsache, dass in vielen Schulbüchern der Nahostkonflikt mit einer – in meinen Augen – merkwürdigen Einseitigkeit zugunsten der Palästinenser dargestellt wird, macht es für Lehrer nicht leichter.

Umso wichtiger ist es, das Judentum mit seiner ganzen Geschichte und Kultur zu zeigen, und Juden eben nicht nur als Opfer darzustellen. Nur wenn Schüler z. B. wissen, welche Bedeutung jüdische Wissenschaftler, jüdische Künstler und jüdische Schauspieler in Deutschland hatten, wie stark die deutsche Kultur über Jahrhunderte vom Judentum geprägt wurde, oder wenn sie etwas über jüdische Stettin in Osteuropa erfahren, dann können sie ermessen, welche Dimension die Vernichtung des europäischen Judentums hatte.

Daher darf sich die Befassung mit dem Judentum in der Schule auf keinen Fall nur auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 beschränken. Es gibt nicht wenige Menschen in Deutschland, die entweder denken, nach 1945 gab es überhaupt keine Juden mehr in Deutschland, oder aber auf der anderen Seite die Zahl der heute in Deutschland lebenden Juden auf mehrere Millionen schätzen. Hier existieren immense Wissenslücken.

Der Zentralrat der Juden hat daher gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz im Dezember 2016 eine Erklärung verabschiedet, um die Vermittlung der jüdischen Kultur und Geschichte im Schulunterricht zu verbessern. Derzeit bereiten Fachleute auf beiden Seiten Materialien zu einer kommentierten Sammlung auf, um Lehrern damit Hilfestellung für eine realistische und nicht klischeehafte Vermittlung des Judentums zu leisten. Bei einer gemeinsamen Fachkonferenz im April dieses Jahres in Berlin sollen diese Materialien präsentiert werden.

Darüber hinaus setzen wir auch auf direkte Begegnungen, um das Wissen über das Judentum zu vergrößern. Wir haben das Projekt „Liktat – Jugend und Dialog“ wiederbelebt. Dafür haben wir im vergangenen Jahr rund 40 jüdische Jugendliche ausgebildet, die jeweils zu zweit in Schulklassen gehen, um Fragen zum Judentum zu beantworten – und zwar auf Augenhöhe unter Gleichaltrigen. Auch diese Begegnungen führen dazu, dass einerseits

das Judentum nicht nur auf die Schoa reduziert wird, andererseits das moderne jüdische Leben anschaulicher vermittelt werden kann als über ein Schulbuch.

Noch sind wir nicht so weit, dass wir flächendeckend in ganz Deutschland solche Begegnungen anbieten können, aber auch in diesem Jahr werden wir weitere Jugendliche ausbilden, sodass wir, so hoffe ich, nach und nach in immer mehr Schulen gehen können. Gerade in einer Migrationsgesellschaft möchten wir so dazu beitragen, Vorurteile abzubauen. Zugleich möchten wir die Lehrer nicht allein lassen. Die Forderung, Antisemitismus zu bekämpfen, ist leicht ausgesprochen, aber schwer umzusetzen.

Die direkte Begegnung und ein fundierter Schulunterricht sind zwei wichtige Bausteine der Wissensvermittlung über das Judentum und die deutsche Geschichte.

Einen dritten Baustein bilden meines Erachtens die authentischen Orte der NS-Verbrechen. Derzeit haben wir in Deutschland eine lebhaftige Diskussion über Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten. Ich selbst plädiere seit Langem dafür, dass alle Schüler der höheren Klassen, und zwar unabhängig von der Schulart, einmal in ihrer Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte besuchen sollten. In Bayern ist dies mittlerweile entsprechend in die Lehrpläne aufgenommen worden.

Mir ist bewusst, dass dafür gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen: Lehrern muss auch Zeit eingeräumt werden, solche Besuche gut vor- und nachzubereiten. Um die Fahrten zu Gedenkstätten zu finanzieren, bedarf es ausreichender Zuschüsse der Länder. Und schließlich benötigen die Gedenkstätten mehr Personal und zum Teil eine bessere Infrastruktur, um mehr Besuchergruppen betreuen zu können.

Wenig Verständnis habe ich jedoch dafür, wenn mir von verschiedenen – nicht wenigen – Ecken nur entgegenschallt, warum solche Pflichtbesuche nicht gehen sollen. Können die zuständigen Minister in den Ländern und die Gedenkstätten nicht zunächst einmal prüfen, wie es gehen könnte? Könnten wir nicht erst einmal in Pilotprojekten Erfahrungen sammeln, bevor wir Nein sagen?

---

Das Gleiche gilt für Gedenkstättenbesuche von Asylbewerbern. Ich bin davon überzeugt, dass dies in den Integrationskursen einen wichtigen Beitrag dazu leisten könnte, den neu bei uns lebenden Menschen unsere Sicht auf die Nazi-Vergangenheit und unsere Werte nahezubringen. Warum sollte ein Flüchtling, der selbst Krieg und Verfolgung, den Verlust der Heimat erlebt hat, nicht in der Lage sein, zu erkennen, wohin Juden Hass und Verfolgung geführt haben?

Kritiker wenden ein, dass ein solcher Besuch zu einer Retraumatisierung der Flüchtlinge führen könnte. Diesen Einwand nehme ich ernst. Sicherlich kann es Fälle geben, in denen ein Gedenkstättenbesuch nicht der richtige Weg ist. Muss das aber bedeuten, dass dies generell für sämtliche Integrationskurse abzulehnen ist?

Ich appelliere an alle politisch Verantwortlichen, den Mut zu haben, hier neue Wege zu beschreiten. Letztendlich geht es dabei nicht nur um den Wunsch, die Erinnerung an die Schoa wachzuhalten, sondern um den bereits zitierten Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Die Achtung der Menschenwürde und ihre Unverletzlichkeit wurden nie so sehr mit Füßen getreten wie in der Schoa. Wem das eindrücklich vor Augen geführt wurde, wer dies in Buchenwald oder in Auschwitz plötzlich begreift, der wird auch heute für die Menschenwürde kämpfen – und das muss unser Ziel sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ergänzen: Der Begriff „Pflichtbesuch“ ist zunächst einmal sehr negativ besetzt. Es klingt so, nach dem Motto „Montags von 15 bis 16 Uhr steht es auf dem Stundenplan“. So aber darf dieser Begriff nicht interpretiert werden.

Wenn ein solcher Besuch einer Gedenkstätte im Lehrplan enthalten ist, entsprechend vor- und nachbereitet wird und nicht einfach als ein Programmpunkt gesehen wird, den man wahrnehmen muss – hierzu bedarf es auch Empathie seitens der Lehrkräfte –, dann kann das Ganze sehr viel bringen. Das ist meine Erfahrung, die ich auch mit Leitern von Gedenkstätten teile, erst letzten Freitag habe ich ausführlich mit dem Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg darüber gesprochen.

Die Sorge vonseiten der Gedenkstätten ist, dass diese Besuche gehäuft gegen Ende des Schuljahres stattfinden und sie sich nicht „erretten“ können, wenn – bei allem Respekt – die Lehrer nicht mehr so richtig wissen, wie sie die Schüler weiter gut und sinnvoll beschäftigen können. Mein Vorschlag – den ich als Schüler wahrscheinlich nicht gerne gehört hätte – war, dass man das Ganze vielleicht eben doch mehr in den Lehrplan aufnehmen muss, um es zu entzerren. Eine kleine Exe oder eine kleine Abfrage, und dann kann man eine solche Fahrt eben auch mitten im Schuljahr unternehmen, und es müssen nicht alle Schulklassen in den letzten drei Wochen des Schuljahrs eine KZ-Gedenkstätte besuchen.

Meine Damen und Herren, ich habe die Schlüsselposition der Schulen und Gedenkstätten genannt. Daneben brauchen wir natürlich auch die Forschung und Wissenschaft. Gerade hier in Hessen haben Sie mit dem bereits erwähnten Fritz-Bauer-Institut und dem Jüdischen Museum Frankfurt zwei herausragende Institutionen auf diesem Gebiet. Vorreiter sind Sie auch mit dem bundesweit ersten Lehrstuhl für die Geschichte und Wirkung des Holocaust an der Goethe-Universität in Frankfurt. Erwähnen möchte ich daneben die Stiftungsprofessur für Holocaust-Literatur an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Debatten, wie wir unsere Erinnerungskultur weiterentwickeln, werden an den Universitäten und in den anderen genannten Institutionen längst geführt.

Auf zwei Punkte möchte ich näher eingehen: Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft und Erinnerungskultur in der Internetgesellschaft.

Ich hatte bereits erwähnt, dass sich in den Schulen die Themen „Schoa“ und „Nahostkonflikt“ gerne vermischen. Wie die Kinder es von ihren Eltern oder in einigen arabischen Fernsehsendern hören, setzen sie die heutige israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit der Schoa gleich, oder versuchen gar eine Täter-Opfer-Umkehr.

Die Antisemitismus-Forscherin Juliane Wetzel geht davon aus, dass die Jugendlichen genau wissen, welchen hohen Stellenwert das Gedenken an die Opfer der Schoa in Deutschland genießt. Jugendliche mit Migrationshintergrund setzen ihre eigenen Erfahrungen als Opfer von Flucht und Verfol-

---

gung oder die Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern mit der Judenverfolgung in der NS-Zeit gleich, sagt Juliane Wetzel. Damit strebten sie danach, gleichermaßen anerkannt zu werden.

Anstatt solche Vergleiche einfach entrüstet abzuwehren, können Lehrer versuchen, genau über diese familiären Erfahrungen der Kinder das Interesse an der NS-Zeit zu wecken. Der Soziologe Harald Welzer spricht in diesem Zusammenhang von einer „transnationalen Erinnerungskultur“. Nationale Geschichtsbilder hingegen würden ihre integrierende Kraft verlieren.

Zugleich dürfen die Pädagogen an bestimmten Stellen nicht wanken: Wenn aktuelle Themen in Bezug zur Schoa gesetzt werden, muss der jeweilige Kontext immer deutlich bleiben; denn nur so kann vermieden werden, dass die Vergleiche in eine Gleichsetzung münden, die die Schoa verharmlosen.

Daneben müssen Lehrer antisemitischen Vorurteilen, die ihre Schüler transportieren, entschieden entgegentreten. Das ist nicht leicht bei Schülern, die sich ohnehin schon als Außenseiter der Gesellschaft fühlen und sich in einer Verweigerungshaltung befinden. Doch bei Antisemitismus darf es keine Toleranz geben.

Die Herausforderungen einer modernen Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft hat der Schriftsteller Navid Kermani jüngst in einer großartigen Rede zum 20-jährigen Bestehen des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur an der Universität München sehr treffend beschrieben. Ich darf zitieren:

Man braucht Einwanderer oder ihre Kinder und Kindeskinde  
nicht als erinnerungspolitischen Störfall zu behandeln. Die Frage, wie eine Vergangenheit gegenwärtig bleibt, wenn die biographischen Bezüge fehlen, stellt sich ebenso, wenn diese Bezüge sich allmählich auflösen, wie wenn es sie nie gab. ... Schwieriger zu vermitteln wird es künftigen Deutschen sein, Auschwitz nicht nur als Menschheitsverbrechen, sondern als eigene Geschichte zu begreifen ...

Auschwitz als eigene Geschichte zu begreifen, sich als Teil der Verantwortungsgemeinschaft zu sehen: Das muss in Deutschland unser Ziel für die nachfolgenden Generationen bleiben, egal, wo die familiären Wurzeln liegen.

Meine Damen und Herren, der zweite Aspekt, den ich näher beleuchten möchte, ist die Erinnerungskultur in der Internetgesellschaft.

Jüngere Menschen sind heute ganz anders geprägt als noch vor 20 Jahren. Durch das Internet, die sozialen Netzwerke und mobilen Endgeräte wie Smartphone oder Tablet werden sie sehr viel stärker als früher von visuellen Eindrücken geleitet. Also, in einer KZ-Gedenkstätte zu stehen, wo außer Mauerfundamenten von den Baracken nichts mehr zu sehen ist – das erreicht viele junge Leute nicht mehr. Sie brauchen wohl noch stärker als frühere Generationen eine andere – wenn man so sagen darf – Aufbereitung der Vergangenheit. Sie lassen sich ansprechen von Fotos und Filmen, von computeranimierten Rekonstruktionen eines Lagers oder Bildern einer 360-Grad-Kamera.

Auf diese Entwicklungen haben die Gedenkstätten längst reagiert. Sie stehen vor einem Spagat, wie es jüngst der Leiter der niederländischen Gedenkstätte Westerbork, Dirk Mulder, in der „Jüdischen Allgemeinen“ beschrieben hat: „Wie macht man das Grauen anschaulich, ohne in Disneyisierung abzugleiten?“ So wird in Westerbork gerade eine der Baracken des damaligen Flüchtlingslagers rekonstruiert. 1971 war eigentlich die letzte der alten Baracken abgerissen worden. Eine weitere stand in Teilen noch bei einem Bauern, der sie als Scheune nutzte. Er schenkte sie nun der Gedenkstätte, die jetzt diese Baracke so rekonstruiert, dass sich die Besucher besser vorstellen können, wie das Lager einst aussah. Eine Rekonstruktion, aber kein Disneyland – das ist der Spagat, den die Gedenkstätte leisten will.

In der KZ-Gedenkstätte Dachau wird moderne Computertechnik genutzt, um die Geschichte anschaulicher darzustellen und damit zugleich den Bedürfnissen der Besucher stärker entgegenzukommen. An zwei Medienterminals lassen sich interaktiv die unterschiedlichen Bebauungsarten des Geländes direkt miteinander vergleichen. Lagepläne können quasi über-



---

einander geschoben werden, sodass die Besucher sich besser vorstellen können, was einmal wo stand und wie Gebäude genutzt wurden.

Die Gedenkstätte Auschwitz reagiert ebenfalls auf geänderte Gewohnheiten und versucht, mit einem – wie man so sagt – niedragschwelligen Angebot auf die Menschen zuzugehen: In einer Wanderausstellung quer durch Europa und Nordamerika werden seit Ende vergangenen Jahres 600 Original-Exponate aus dem Vernichtungslager gezeigt.

Viele Gedenkstätten setzen auch auf Begegnungsprojekte für junge Menschen. So finden z. B. in Buchenwald jedes Jahr internationale Sommercamps statt. Die jungen Leute aus verschiedenen Ländern arbeiten zwei Wochen lang im Archiv und an einem Gedenkweg mit Namen der Opfer. Am Abend fangen die Mitarbeiter der Gedenkstätte in langen Gesprächen die Fragen auf, die die jungen Menschen beschäftigen. Es sind auch Trauer, Wut und Fassungslosigkeit, die ihren Platz finden müssen.

Ich könnte Ihnen wohl aus jeder KZ-Gedenkstätte, die es heute noch gibt, ähnliche Beispiele aufzählen. Es ist eine großartige Arbeit, die an diesen Orten geleistet wird. Zu begrüßen wäre auch, wenn die neue Regierungskoalition das Gedenkstättenkonzept des Bundes von 2008 weiterentwickeln würde, wie es die Große Koalition bereits geplant, aber bislang nicht umgesetzt hatte.

Kulturstatsministerin Monika Grütters hatte 2015 bereits die Richtung aufgezeigt, in die auch meiner Meinung nach die Neukonzeption gehen müsste, ich zitiere:

So erscheint es ... unabweisbar, dass es ... künftig verstärkt auch um die Entwicklung neuer didaktischer Konzepte und um eine Stärkung der Gedenkstättenpädagogik gehen muss. Dies folgt aus den großen didaktischen Herausforderungen, vor denen eine zukunfts zugewandte Gedenkstättenarbeit steht. Der wachsenden zeitlichen Distanz zum Nationalsozialismus, der ethnisch und religiös zunehmend heterogenen Zusammensetzung der Besuchergruppen und einer wieder

wachsenden Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft bis hin zu antisemitischen Haltungen gilt es, mit neuen pädagogischen Konzepten Rechnung zu tragen.

Übersehen dürfen wir dabei allerdings auf keinen Fall: Diese Arbeit kostet Geld. Ausstellungen immer wieder neu zu konzipieren, neues Archivmaterial zu prüfen, neue Mitarbeiter zu schulen, Gebäude instand zu halten, Projekte wie solche internationalen Begegnungen in Buchenwald – für all diese Dinge müssen die Gedenkstätten mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Wir können viele warme Worte finden über die Bedeutung des Gedenkens und eine moderne Erinnerungskultur – das bleibt ohne Wirkung, wenn die Gedenkstätten ihre Ideen schlicht mangels Geld nicht umsetzen können. Dies sollte bitte auch bedacht werden, wenn über den Ausbau von Täter-Orten wie dem Museum auf dem Obersalzberg nachgedacht wird.

Eine kluge Gestaltung dieser schwierigen Orte ist wichtig. Unsere Prioritäten sollten aber – auch finanziell – auf den Stätten liegen, wo wir der Opfer gedenken und wo Hunderttausende Menschen gelitten haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, am Internationalen Holocaust-Gedenktag steht für mich die Erinnerung im Vordergrund. Deshalb bin ich so ausführlich auf die Fragen einer modernen Erinnerungskultur eingegangen und auf die Rolle der Gedenkstätten.

Ich möchte aber auch ein paar Worte zu aktuellen Ereignissen und dem wachsenden Antisemitismus verlieren, den die jüdische Gemeinschaft verspürt. Und ich tue dies gerade auch um der Überlebenden willen.

Können Sie sich vorstellen, wie es auf einen Menschen wirkt, der Auschwitz überlebt hat, sich heute sagen lassen zu müssen, wir sollten stolz sein auf die Leistungen der deutschen Soldaten in beiden Weltkriegen? Oder wie sich ein 84-jähriger Holocaust-Überlebender fühlt, der einem „MDR“-Fernsehteam am Leipziger Synagogen-Denkmal seine Geschichte erzählt und dabei von zwei Neonazis angepöbelt wird?

---

Ich beobachte seit einiger Zeit mit großer Sorge, dass in unserem Land zunehmend rote Linien überschritten werden. In den sozialen Netzwerken gibt es häufig überhaupt keine Hemmungen mehr, sich rassistisch oder antisemitisch zu äußern. Daher begrüße ich ausdrücklich das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Es erntet viel Kritik, das weiß ich. Doch selbst wenn einzelne Details nachgebessert werden müssen, so war es allerhöchste Zeit, die Plattformbetreiber endlich in die Verantwortung zu nehmen.

Die Enthemmung im Internet bekommen auch immer häufiger ausgerechnet jene Menschen zu spüren, die politische Ämter ausfüllen, die also bereit sind, sich für unsere Demokratie zu engagieren. Gerade in kleinen Gemeinden werden Bürgermeister mittlerweile so häufig bedroht, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, „Politiker-Stalking“ als Straftatbestand einzuführen.

Die verbalen Enthemmungen gehen auch mit Enthemmungen auf der Straße einher. Im vergangenen Jahr gab es im Schnitt täglich vier Attacken auf Flüchtlinge. Auch antisemitische Pöbeleien, judenfeindliche Gesten sowie direkte Attacken auf Synagogen, jüdische Friedhöfe und Juden selbst gehören leider zum Alltag.

Erst jüngst haben wir bei Demonstrationen im Nachgang zur Jerusalem-Entscheidung von US-Präsident Trump sehen können, wie schnell sich Menschen aktivieren lassen, um ihre Ressentiments auszuleben. Es ist gut, dass der Bundestag mit breiter Mehrheit einen umfassenden Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus verabschiedet hat. Im Berliner Abgeordnetenhaus wird über einen CDU-Antrag für eine Bundesratsinitiative beraten, um das Verbrennen von Flaggen unter Strafe zu stellen. Hier existiert meines Erachtens eine Lücke im Versammlungsrecht, die dringend geschlossen werden sollte. Wer Fahnen oder religiöse Symbole verbrennt, zeigt seine Verachtung. In meinen Augen hat dies mit Meinungsfreiheit nichts mehr zu tun.

Gerade, weil die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit hohe Güter unserer Verfassung sind, haben wir die Aufgabe, darauf zu achten, dass diese Güter nicht missbraucht werden.

Bei den eben genannten Demonstrationen nach der Jerusalem-Entscheidung trat eine Form des Antisemitismus zutage, die wir mitnichten nur bei Migranten mit arabischem Hintergrund erleben, sondern bis in die bürgerliche Mitte unserer Gesellschaft: es ist der Israel-bezogene Antisemitismus.

Dieser Antisemitismus zeichnet sich durch eine völlig überzogene Kritik an Israel und den Juden als Ganzes aus. Dabei werden ausgerechnet von Deutschen an Israel schärfere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten. Israel wird allein in der Rolle des Täters gesehen, die Palästinenser ausschließlich als Opfer. Viele Deutsche halten es daher auch für legitim, israelische Waren zu boykottieren. Gerne wird auch der Gaza-Streifen mit einem Getto verglichen.

Vielen Menschen scheint nicht bewusst zu sein, wie stark sie mit alten antisemitischen Vorurteilen hantieren oder dass sie Juden pauschal abwerten oder beschuldigen. In manchen Diskussionen brechen diese alten judenfeindlichen Bilder geradezu aus den Menschen heraus, weil sie dort eben seit Jahrzehnten schlummerten.

Leider beobachten wir diese Einseitigkeit gegenüber Israel auch häufig in den Medien. Ob es nun die Dokumentation über Israel-bezogenen Antisemitismus von „Arte“ und „WDR“ war, die nur mit einem sogenannten Faktencheck versehen und begleitet von einer Talkshow ausgestrahlt wurde, oder ob es Nachrichtenstücke sind, die ausführlich eine israelische Militäraktion im Gaza-Streifen zeigen, aber die Ursache – nämlich den Raketenbeschuss israelischer Städte durch die Hamas – nur ganz am Rande erwähnen: Stets wird Israel in eine Position gebracht, sich rechtfertigen zu müssen – die palästinensische Seite nicht. Diese Haltung gegenüber Israel macht mir Sorgen; sie sollte der ganzen Gesellschaft Sorgen machen.

Ebenso dürfen wir die Bedrohung durch Rechtsextremisten nicht aus dem Auge verlieren. Die meisten antisemitischen Straftaten werden nach wie vor Rechtsextremisten zugeordnet. Juden gehören wie Muslime zu ihrem festen Feindbild. Ebenso schüren gerade Rechtsextremisten den Hass auf Politiker und auf unser politisches System. Über das Internet gelingt es ihnen viel leichter als früher, Menschen zu gewinnen, die ihren Hass verbreiten, und die Zahl der Rechtsextremisten, so mein Gefühl, wächst.

Beobachter der Szene sehen im Übrigen deutliche Schnittmengen zwischen der NPD und der AfD. Mit der Alternative für Deutschland haben wir erstmals in dieser Größenordnung eine rechtspopulistische Partei im Bundestag sitzen. Sie ist zwischenzeitlich auch in fast allen Länderparlamenten vertreten. Dort fällt sie z. B. durch Anträge auf, Zuschüsse zu Fahrten von Schulklassen in KZ-Gedenkstätten zu streichen.

Auf leider sehr geschickte Weise versucht die AfD schleichend, den Konsens aufzulösen, den es jahrzehntelang in der Bundesrepublik gab. Dazu gehört die intensive Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. In unserem Selbstverständnis stehen die NS-Zeit, der Erste Weltkrieg und z. B. die Befreiungskriege eben nicht auf einer Stufe. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat es einmal so ausgedrückt: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ – Genau an diesen Grundfesten rüttelt nach meiner Einschätzung die AfD. Dass sie dafür so viel Zustimmung bekommt, auch das sorgt in der jüdischen Gemeinschaft für eine tiefe Beunruhigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist an uns, den heute Lebenden, die Erinnerung an die Schoa wachzuhalten und die richtigen Lehren aus diesem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte zu ziehen. Es ist auch an uns, den vielen Opfern ihren Namen zurückzugeben, soweit das heute noch möglich ist. Dies geschieht überall im Lande durch die schon erwähnten Stolpersteine. Dies geschieht aber auch durch große und wichtige Institutionen wie Yad Vashem in Jerusalem oder durch die Jewish Claims Conference.

Erst vor wenigen Monaten gab es genau hier in Hessen eine wunderbare Geschichte, die uns zeigt, wie viel noch immer zu tun bleibt, und die zugleich deutlich macht, wie viel wir erreichen können, wenn wir in Europa und mit Israel zusammenarbeiten.

Die Geschichte beginnt mit einem israelisch-polnischen Archäologenteam, das seit zehn Jahren in Sobibor arbeitet, am Ort eines der grausamsten Vernichtungslager der Nazis. Dieses Team fand vor einiger Zeit bei Ausgrabungen ein kleines silbernes Amulett, darauf ein Geburtsdatum, der Name „Frankfurt am Main“ und eine hebräische Inschrift. Solche Anhänger wur-

den gerne zur Geburt verschenkt. Sie fanden heraus, dass an dem Datum, dem 3. Juli 1929, nur ein jüdisches Mädchen in Frankfurt geboren wurde: Karolina Cohn.

Mit Hilfe von Yad Vashem und der Claims Conference begann die Forschung nach der Familie. Schließlich gelang es, Nachfahren in den USA, in Israel, in Italien, Großbritannien und Japan ausfindig zu machen. Im vergangenen November wurden in Frankfurt vier Stolpersteine für die Familie Cohn verlegt. Einige Angehörige waren eigens angereist, manche hatten bis dahin von ihren jüdischen Wurzeln noch nicht einmal etwas gewusst.

Meine Damen und Herren, heute gedenken wir der kleinen Karolina Cohn. Wir gedenken ihrer Eltern Else und Richard Cohn sowie ihrer Schwester Git-ta. Wir gedenken der rund 15.000 deportierten Juden aus Hessen, der etwa 15.000 Euthanasie-Opfer von Hadamar. Wir gedenken der verfolgten und ermordeten Sinti und Roma sowie der Tausenden weiteren Opfer aus Hessen. Wir gedenken der 6 Millionen Opfer der Schoa, die unsäglich gelitten haben, die gequält und misshandelt und ermordet wurden. – Ich danke Ihnen.



Heike Matthiesen, Thema aus „Schindlers Liste“ von John Williams

---

# SCHLUSSWORT

---

## Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags



Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Matthiesen, zunächst Ihnen einen herzlichen Dank für Ihre musikalischen Beiträge, die der Besinnlichkeit dieses Tages so gut entsprechen, dass wir Ihnen sehr gern zugehört haben – ganz herzlichen Dank.

Sehr verehrter Herr Dr. Schuster, ganz herzlichen Dank für Ihre Rede. Es ist nicht nur die Nachdenklichkeit, die Sie damit auslösen, sondern auch die Unterstützung und die Aufgabe der Wachsamkeit, die ich auch angesprochen hatte. Deswegen sind wir immer sehr froh, dass wir für unsere Veranstaltungen genau diese Impulse bekommen. Diese Impulse müssen über den Tag hinaus wirken, sonst haben sie keinen Zweck. Wir sind dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sie über den Tag wirken – zumal dann, wenn wir aus profunder Quelle diese Informationen bekommen. Ganz, ganz herzlichen Dank. Für Ihre Arbeit im Zentralrat wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Gehör bei den Menschen draußen im Lande.

Meine Damen und Herren, es gibt heute einen zweiten Teil. Ich hatte eingangs einen Gast nicht begrüßt, das will ich nun gerne nachholen: Es gibt die Zentralwohlfahrtsstelle, die sehr viel aus der Geschichte und dem Leben der Juden dokumentiert.

Ich begrüße zunächst den Direktor Herrn Benjamin Bloch und den stellvertretenden Direktor Herrn Aron Schuster unter uns. Über die Zentralwohlfahrtsstelle wird heute eine Ausstellung eröffnet, und zwar von der Kuratorin, Frau Dr. Sabine Hering. Diese Ausstellung sehen wir uns im Anschluss gemeinsam an.

Liebe Frau Dr. Hering, ganz herzlichen Dank, dass Sie heute zu uns gekommen sind, um uns diese Ausstellung nahezubringen, die unter einem Zitat von Max Willner steht: „Die Vergangenheit nicht vergessen, in der Gegenwart leben, für die Zukunft hoffen ...“ – Das ist der Titel dieser Ausstellung. Die Einführung wird nun Frau Dr. Hering vornehmen. Ich darf Sie bitten, zu uns zu sprechen. – Danke schön.



---

# EINFÜHRUNG IN DIE AUSSTELLUNG

---

**Dr. Sabine Hering**  
Kuratorin



Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Der Sinn des jüdischen Lebens ist es, sich gegenseitig zu helfen.“ Dieses Zitat von Simon Snopkowski ist nur eine der vielen Botschaften, die im Gedächtnis bleiben, wenn man sich mit dem Leben und Werk der Personen beschäftigt, welche die Zentralwohlfahrtsstelle (ZWST) in den letzten 100 Jahren maßgeblich geprägt haben.

Das Spektrum an Mentalitäten, an Begabungen und an Visionen beeindruckt ebenso wie die Tatkraft und die Zielstrebigkeit, mit der sie die Ideen einer Modernisierung und Professionalisierung jüdischer Wohlfahrt umgesetzt und die vielfältigen Herausforderungen angenommen haben – und zwar ebenso in der Phase des dynamischen Aufbaus in den 1920er-Jahren, dann unter der Last der „Bewährung im Untergang“ in der NS-Zeit, in den schwierigen Jahren des Wiederaufbaus ab 1951, wie auch in der Zeit der Konsolidierung während der Siebziger- und Achtzigerjahre und dann schließlich angesichts der immensen Anforderungen, die durch die Zuwanderung und die Wiedervereinigung auf die ZWST zugekommen sind. Diese Phasen der Entwicklung spiegeln sich in der Ausstellung, die heute im Landtag eröffnet wird, anschaulich wider.

Die Ausstellung beginnt mit der Generation der Mitte des 19. Jahrhunderts geborenen Gründerinnen und Gründer, die den Aufbau der ZWST auf Basis einer langen Lebenserfahrung und vielseitiger Praxis im Bereich jüdischer Wohltätigkeit – in den Logen, in den Gemeinden oder im Jüdischen Frauenbund – vollzogen haben. Die prominenteste Vertreterin dieser Gründerinnen war mit Sicherheit Bertha Pappenheim, deren Aufruf „Weh dem, dessen Gewissen schläft!“ maßgeblich zur Gründung der ZWST beigetragen hat.

Die darauf folgende Generation bestand aus mehrheitlich hoch qualifizierten, akademisch bestens ausgewiesenen Persönlichkeiten, welche die ZWST – im Gegensatz zu den anderen konfessionellen Wohlfahrtsorganisationen der Weimarer Republik – zu einer modernen, professionellen und demokratisch gefestigten Institution geformt haben.

Diese Generation, welche die ZWST gut 15 Jahre lang wissenschaftlich, sozialpolitisch und fachlich an die Spitze der Freien Wohlfahrtspflege geführt hat, musste ab 1933 mit ansehen, wie ihr Aktionsradius immer weiter einge-

---

schränkt und die zur Verfügung stehenden Mittel zunehmend reduziert wurden. Sie musste mit ansehen, wie Kontrollen und Sanktionen immer drastischer wurden, während die Zahl der Notleidenden innerhalb der jüdischen Bevölkerung ständig stieg. Bis 1938 standen noch gewisse Spielräume offen, danach übernahm die Gestapo die Regie und zwang die noch in den Gemeinden und in den jüdischen Wohlfahrtsorganisationen Tätigen, an den Deportationen mitzuwirken, bis die Helferinnen und Helfer 1943 selber zu Opfern wurden.

Überlebt haben nur diejenigen, die bereits in den ersten Jahren der NS-Herrschaft nach Palästina gegangen sind, ebenso wie diejenigen, denen es gelungen war, nach 1938 die Flucht nach England oder in die USA anzutreten. Die Mehrheit der in der alten ZWST hauptamtlich Beschäftigten hat spätestens 1939 Deutschland verlassen.

Einige aber haben auch die Konzentrationslager überlebt. Sie kehrten nach der Befreiung nach Deutschland zurück, um hier trotz allem Wiederaufbauarbeit zu leisten, zusammen mit denjenigen, die aus Israel oder England nach Deutschland zurückkamen – so etwa der große Theoretiker jüdischer Wohlfahrt Leo Baeck oder Berthold Simonsohn, der erste Geschäftsführer der neuen ZWST – auch er war eine wissenschaftliche Koryphäe.

Der Wiederaufbau war überaus schwierig: Die neue ZWST war zunächst mehr oder weniger ein Einmannbetrieb, konfrontiert mit nach wie vor spürbarem Antisemitismus innerhalb der deutschen Bevölkerung und den Behörden, gleichzeitig konfrontiert mit den Erwartungen einer Handvoll kleiner jüdischer Gemeinden in desolatem Zustand – ca. 15.000 Menschen, körperlich und seelisch zerrüttet, hilflos und in unterschiedlichster Hinsicht hilfebedürftig.

Ohne die Unterstützung der internationalen jüdischen Organisationen wäre der Wiederaufbau nicht möglich gewesen. Aber auch Berthold Simonsohn und die erste Vorsitzende, Jeanette Wolff, beide langjährig in Konzentrationslagern Inhaftierte, haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Regierenden in Westdeutschland sich der Verantwortung bewusst wurden, die sie gegenüber den jüdischen Überlebenden ebenso wie den jüdischen Organisationen hatten. Die Wiedergutmachung war das entscheidende

Thema der ersten Jahre, auch wenn allen Beteiligten klar war, dass allein das Ausmaß der Schuld diesen Begriff ad absurdum führte.

Immerhin gab es ab 1953 eine verlässliche finanzielle Förderung der ZWST. Auf der Grundlage des Budgets, das jetzt zur Verfügung stand, wurde aus dem Einmannbetrieb ein Team von hauptamtlich beschäftigten Experten, einem Sozialreferenten, einem Jugendreferenten und einem Psychotherapeuten für Kinder und Jugendliche.

Durch den Verwaltungsfachmann Max Willner, der Simonsohn an die Seite gestellt wurde, begann die Konsolidierung der in der Aufbauphase entstandenen Strukturen und Maßnahmen: Es kam neues Personal hinzu, es konnten Ferienheime, Altenheime und Freizeiteinrichtungen gebaut werden, und für die jüdischen Gemeinden wurden die Fortbildungsangebote im Bereich soziale Hilfen systematisiert.

Der Vorstand, jetzt unter Führung von Heinz Galinski, unterstützte diese Entwicklungen der ZWST in erheblichem Maße, ebenso wie auch die nachfolgenden Vertreter des Zentralrats als Vorstandsmitglieder – Charlotte Knobloch, Paul Spiegel und jetzt Abraham Lehrer –, die die Organisation immer mit Nachdruck gefördert haben.

Alle diese Befunde vermitteln das Bild einer gradlinigen, in mehr oder weniger ruhigen Bahnen verlaufenden Erfolgsgeschichte der ZWST. Erfolgsgeschichte ja, aber von „ruhigen Bahnen“ kann nicht die Rede sein.

Im Januar 1974 stand das Thema „Einwanderer aus der Sowjetunion“ erstmals auf der Tagesordnung einer Vorstandssitzung. Im gleichen Jahr wurde Beni Bloch als Jugendreferent eingestellt. Schon lange, bevor die großen Ströme jüdischer Zuwanderer in Deutschland eintrafen, hatte man in der ZWST die Zeichen der Zeit erkannt – und Bloch war allen voran derjenige, der die Zuwanderung von Anfang an als unverzichtbare Chance gesehen hat – und eine Chance war das rapide Anwachsen der Gemeinden in der Tat, trotz aller sprachlicher und kultureller Hürden.

Seit 1989 hat sich die Mitgliederzahl in den jüdischen Gemeinden durch die Immigranten mehr als verdreifacht. Das heißt, eine Minderheit musste

---

eine Mehrheit aufnehmen und beheimaten. Die nicht immer einfach verlaufende Integration dieser Menschen ist von der ZWST mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen gefördert und bis in die Gegenwart hinein begleitet worden.

Aber auch damit ist die hundertjährige Geschichte der ZWST noch nicht zu Ende erzählt; denn parallel zu der Zuwanderung ging es nach 1989 auch darum, die Folgen der Wiedervereinigung für die jüdische Sozialarbeit zu erfassen und zu bewältigen. Das war keine einfache Aufgabe; denn in den neuen Bundesländern gab es kaum eine jüdische Infrastruktur, auf der die ZWST aufbauen konnte. Deshalb ging es nicht nur darum, Fachkräfte zu entsenden und Schulungen anzubieten, sondern auch darum, am Aufbau neuer Projekte und Strukturen mitzuwirken. Bei der Bewältigung dieser komplexen Aufgabe erzeugten nicht nur die fehlenden Voraussetzungen und Erfahrungen vor Ort, sondern auch der spürbare Antisemitismus und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit erhebliche Probleme, die nach wie vor eine Herausforderung darstellen.

Deshalb beschäftigen beide Phänomene – Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit – die ZWST bis heute und haben es notwendig gemacht, mit viel Kreativität und innovativen Ideen eine ganze Reihe von Netzwerken und Initiativen aufzubauen, um aktiv und offensiv gegen den wachsenden Rechtspopulismus, aber auch gegen Diskriminierung und Gewalt anzugehen, für jüdische Kultur zu werben und dabei auch nichtjüdische Institutionen einzubinden.

Die Ausstellung über führende Persönlichkeiten der vergangenen 100 Jahre macht deutlich, dass der analytische Scharfsinn, das Gespür für Problemlösungen und der Mut zu innovativen Aufbrüchen, welche die aktuellen Aktivitäten der ZWST in der Gegenwart kennzeichnen, nicht vom Himmel gefallen sind. Alle diese Eigenschaften sind genuine Elemente jenes Erbes vorangegangener Generationen – ein Erbe, das die heutige ZWST erfolgreich angenommen hat und das sie so großartig zu hüten und fortzupflanzen versteht. – Vielen Dank.

**Norbert Kartmann,**

Präsident des Hessischen Landtags:

Ich danke Ihnen ganz herzlich für diese sehr interessante Geschichte, die vielen von uns wahrscheinlich so gar nicht bekannt war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken, dass Sie heute Abend hierhergekommen sind. Schauen Sie sich die Ausstellung an; das wird eine neue Erfahrung, die wir heute Abend sammeln. Ich glaube, das Datum erlaubt es noch, Ihnen ein gutes neues Jahr zu wünschen. – Danke schön.





Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) entstand 1917 als Dachorganisation der jüdischen Wohlfahrtspflege nicht nur auf Initiative einer Reihe jüdischer Organisationen, die - im Geiste der Zedaka - Notleidenden Hilfe leisteten. Sie ist auch in ganz entscheidender Weise von Persönlichkeiten aus den Kreisen der jüdischen Sozialpolitik geprägt worden.

Dier hier präsentierte Ausstellung will an die maßgeblichen Gründerinnen und Gründer erinnern und die gesamte Entwicklung der ZWST - in guten und schlechten Zeiten - anhand der Biographien von 33 Schlüsselpersonen bis in die Gegenwart hinein beleuchten. Jene Personen haben durch ihre Kompetenz und ihr Engagement die jüdische Wohlfahrtspflege zu einem professionellen und modernen Repräsentanten der Sozialen Arbeit in Deutschland gemacht.

Bis heute bildet die ZWST den Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Als Dachorganisation vertritt sie die jüdischen Gemeinden und Landesverbände auf dem Gebiet der jüdischen Sozialarbeit.



*Blick in die Ausstellungshalle des Hessischen Landtags*



*v. l. n. r.: Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Tarek Al-Wazir, stellvertretender Ministerpräsident, Dr. Sabine Hering, Kuratorin*



*v.l.n.r.: Dr. Jacob Gutmark, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden, Uwe Becker, Präsident des Hessischen Städtetages, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland*



*Blick in die Ausstellungshalle*

---

## SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

---

**Heft 1** · Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am 17. November 2001  
Wiesbaden 2002

**Heft 2** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar  
2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags  
Wiesbaden 2006

**Heft 3** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar  
2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener Rathauses  
Wiesbaden 2006

**Heft 4** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 26. Januar  
2006 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2006

**Heft 5** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar  
2007 im Ständehaus Kassel  
Wiesbaden 2008

**Heft 6** · Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende“ am  
12. März 2007 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2008

**Heft 7** · Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen Jubiläum des  
Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai 2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg  
Wiesbaden 2008

**Heft 8** · Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar  
2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus Anlass des 70. Jahrestages der  
Reichspogromnacht am 10. November 2008  
Wiesbaden 2010

**Heft 9** · Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verab-  
scheidung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen  
Landtags und Einweihung des neuen Plenargebäudes  
Wiesbaden 2010

**Heft 10** · 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn  
der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am  
18. September 2009 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2010

**Heft 11** · 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsveranstaltung mit  
Prof. Dr. Eckart Conze am 10. November 2009 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2010

**Heft 12** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009 an Dekha Ibrahim Abdi  
Wiesbaden 2010

**Heft 13** · Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre. Öffentliche  
Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit am 29. Oktober 2009  
Wiesbaden 2011

**Heft 14** · 50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den Evange-  
lischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags und der Evangelischen  
Kirchen am 28. Juni 2010  
Wiesbaden 2011

**Heft 15** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010 an Ismail Khatib  
Wiesbaden 2011

**Heft 16** · 20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde am 28. September 2010  
Wiesbaden 2011

**Heft 17** · Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkveranstaltung und  
Ausstellungseröffnung am 16. August 2011 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2011

**Heft 18** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011 an Sadako Ogata  
Wiesbaden 2011

**Heft 19** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung  
der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ am 27. Januar 2012 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2012

**Heft 20** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2012 an Elisabeth Decrey Warner  
Wiesbaden 2012

**Heft 21** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2013 an Imam Dr. Muhammad  
Ashafa und Pastor Dr. James Wuye  
Wiesbaden 2013

**Heft 22** · Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht „Alles Blut  
aus meinem Herzen“ am 9. November 2013 im Hessischen Landtag  
Wiesbaden 2013

**Heft 23** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung  
der Ausstellung „Der Weg nach Auschwitz“  
Wiesbaden 2014

**Heft 24** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2014 an Rubem César Fernandes  
Wiesbaden 2014

**Heft 25** · Vortragsreihe Krieg und Frieden in Europa - Vom Beginn des Ersten und des  
Zweiten Weltkrieges zur Europäischen Einigung von Prof. Dr. Herfried Münkler  
Wiesbaden 2015

---

**Heft 26** · 25 Jahre Beschluss des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen /  
Schülerseminar 25 Jahre Deutsche Einheit  
Wiesbaden 2015

**Heft 27** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2015 an Ella Mikhaylovna  
Polyakova  
Wiesbaden 2015

**Heft 28** · Plenardebatte zum Gedenken an den 8. Mai 1945  
Wiesbaden 2015

**Heft 29** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus  
Wiesbaden 2016

**Heft 30** · „Einheit Deutschlands und Einheit Europas – zwei Seiten der gleichen  
Medaille“  
Wiesbaden 2016

**Heft 31** · Sondersitzung des Hessischen Landtags anlässlich des 70. Jahrestages der  
Annahme der Landesverfassung am 1.12.1946  
Wiesbaden 2017

**Heft 32** · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2016 an Federica Mogherini  
Brüssel 2017

**Heft 33** · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus  
Wiesbaden 2018



HESSISCHER  
LANDTAG

ISBN: 978-3-923150-69-4

Schriften des Hessischen Landtags  
Heft 33